

Sofortinformation über die digitale Beratung des Bundesausschusses der Partei die Linke am 2. Dezember 2023

Der Bundesausschuss kam am 2. Dezember 2023 zu seiner letzten Sitzung in dieser Konstellation zusammen.

Die Reihe der aktuellen Berichte eröffnete die Parteivorsitzende Janine Wissler für den Parteivorstand. Schwerpunktthema ihres Berichts war der Rückblick auf den vergangenen Parteitag und die Vertreter:innenversammlung in Augsburg. Hier wurden mit großer Mehrheit das Europawahlprogramm der Linken beschlossen und die Kandidat:innen für die kommende Europawahl im Jahr 2024 gewählt. Janine Wissler sprach außerdem das neue Corporate Design der Partei und die Mitgliederkampagne „eine Linke für alle“ an. Seit Oktober konnte die Linke über 2.000 neue Mitglieder aufnehmen, diese werden schon bald bei einem digitalen Neumitgliedertreffen begrüßt und in die politische Arbeit einbezogen werden.

Bundesgeschäftsführer und –wahlleiter Tobias Bank informierte die Bundesausschussmitglieder über den aktuellen Vorbereitungsstand der Europawahlkampagne. Nach der Einberufung des Bundeswahlbüros, bestehend aus Vertreter:innen der Landesverbände und der Bundesgeschäftsstelle, im November 2022 arbeitet dieses engmaschig mit der beauftragten Agentur zusammen und plant den Europawahlkampf der Partei.

Ates Gürpınar, stellvertretender Parteivorsitzender und Mitglied im Deutschen Bundestag, hielt den Bericht der Bundestagsfraktion der Linken welchen es in dieser Form zum letzten Mal gegeben hat. Wie allen bereits bekannt, informierte er über die Auflösung der Bundestagsfraktion, welche am 6. Dezember offiziell stattfinden wird. Entgegen der diversen medialen Berichte, welche verbreiten, dass damit die Arbeit all unserer Abgeordneten zum Stillstand käme, versicherte Ates Gürpınar, dass die gebliebenen Abgeordneten weiterhin für die Themen der Linken im Bundestag einstehen und kämpfen werden. Sie werden die Anerkennung des Gruppenstatus im Bundestag beantragen. Natürlich verlieren wir durch den Verlust des Fraktionsstatus diverse Rechte und auch personelle Ressourcen, trotzdem ist die Weiterarbeit in Ausschüssen und dem Parlament gesichert. Wann den Abgeordneten der Gruppenstatus zugesprochen wird ist derzeit noch ungewiss, auch eine mögliche Wiederholungswahl in Berlin spielt hierbei eine Rolle, hier wird am 19. Dezember eine Entscheidung gefällt werden.

Zur aktuellen Arbeit des Jugendverbandes Linksjugend [’solid] erhielt Charlotte Roffalski das Wort. Im Oktober fand in Frankfurt am Main der jährliche Bundeskongress des Jugendverbandes statt. Hier wurde ein neuer Sprecher:innenrat gewählt und das Jugendwahlprogramm zur Europawahl 2024 beschlossen. Zukünftige Schwerpunkte werden die kommenden Wahlkämpfe und in diesem Zusammenhang die Vernetzung der Jugendkandidat:innen sein. Auch eine Antifaschismuskampagne im Rahmen der Wahlkämpfe wird Kernthema sein.

Von den künftigen Zielen der Europäischen Linken in Bezug auf den Aufbau einer breiten Wahlplattform, an dem sowohl der EL-Vorstand als auch das Sekretariat arbeiten, berichtete Martin Günther. Hier werden auch intensive Gespräche mit

Nichtmitgliedsparteien geführt. Am 25. und 26. November kam das Sekretariat zu einer Beratung in Prag zusammen und auch das jährliche european left forum hat stattgefunden. Die Abschlusserklärung des Forums ist hier zu finden:
<https://europeanforum.eu/>

Vom Ältestenrat konnte leider niemand bei der Beratung am 2. Dezember dabei sein. Bernhard Strasdeit, einer der beiden Vorsitzenden des Ältestenrates, richtete seine Entschuldigung aus und lässt dem Bundesausschuss einen schriftlichen Bericht zukommen.

Von den vergangenen Landtagswahlen in Hessen und Bayern berichteten Desiree Becker und Lukas Eitel. In Hessen konnte das Ziel wieder in den Landtag einzuziehen mit einem Endergebnis von 3,1 Prozent leider nicht erreicht werden. Hierbei lassen sich große Unterschiede zwischen dem urbanen und ländlichen Raum feststellen. Während die Linke in hessischen Städten im Durchschnitt 7 Prozent erzielen konnte, wählten sie im ländlichen Raum nur ca. 2 Prozent der Wählenden. 7 Prozent erhielten wir in der Altersgruppe der jungen Wählenden. Die meisten Wählenden verloren wir an das Segment der Nichtwähler:innen, gefolgt von SPD und AfD. Ende Januar wird sich die hessische Landtagsfraktion auflösen. Damit verlieren wir 9 Abgeordnete sowie 17 Hauptamtliche in der Landtagsfraktion und 14 Mitarbeitende in Hessischen Büros.

Mit gerade einmal 1,5 Prozent erzielte die Linke das historisch schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte in Bayern. Auch wenn ein Einzug in den Bayerischen Landtag bereits im Vorfeld wenig realistisch eingeschätzt wurde, ist das schlussendlich so schlechte Ergebnis niederschmetternd. Lukas Eitel berichtete dem Bundesausschuss, dass es in Bayern in vielen Regionen an aktiven Mitgliedern fehlt, sodass ein Wahlkampf in Teilen Bayerns kaum möglich war und nicht einmal Plakate gehängt werden konnten. Dennoch ist dem Landesvorstand für einen engagierten Wahlkampf zu danken.

Am Ende des Tagesordnungspunktes beschloss der Bundesausschuss mehrheitlich eine Vorlage zur Weiterentwicklung von Programmpositionen. Hier wird der Parteivorstand gebeten, einen Plan für den Prozess sowie die Beteiligungsformen der Programmweiterentwicklung vorzulegen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wurde der vom Augsburger Parteitag überwiesene Antrag „G.02 Offensiv gegen AfD & Co.!“ aufgerufen. In Absprache mit den Antragstellenden und den Antragstellenden eines Ersetzungsantrages wurde die Behandlung von G.02 mehrheitlich verschoben. Grund dafür war, dass beide Antragstellenden an einem Kompromissvorschlag arbeiten und diesem im März zur Abstimmung stellen möchten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt der Bundesausschussberatung vom 2. Dezember war der Rückblick auf den bundesweiten Bildungsprotesttag vom 29. September 2023. In den Landesverbänden wurden gemeinsam mit Bündnispartner:innen viele Aktionen umgesetzt. Seite an Seite mit den Streikenden stand die Linke ein und machte aufmerksam auf den Mangel an Personal in Kitas und Schulen und auf das sozial ungerechte deutsche Schulsystem.

Da es sich um die letzte Beratung des Bundesausschusses in dieser Konstellation handelte, wurden Empfehlungen zur Arbeitsweise an den neuen Bundesausschuss beschlossen. Weiterhin wurden der Termin zur konstituierenden Sitzung des neuen Bundesausschusses und ein Vorschlag für den Sitzungsplan 2024 beschlossen und über die Schwerpunktsetzung der ersten Beratung im März zu Antifaschismus in Deutschland beraten.

Die Behandlung eines nach Antragsfrist eingereichten Antrages zum Thema Israel-Palästina wurde abgelehnt, da die Dringlichkeit des Antrages vom Bundesausschuss nicht erkannt wurde.

Die konstituierende Sitzung des Bundesausschusses 2024/25 findet am 23. und 24. März 2024 in Berlin statt. Die bisherigen Bundesausschussmitglieder aus Landesverbänden, die bis zur konstituierenden Sitzung noch keine neuen Bundesausschussmitglieder gewählt haben werden, bleiben stimmberechtigte Mitglieder und sollten die Teilnahme in Berlin möglich machen.

Das Präsidium bedankt sich für die vergangenen zwei Jahre, die konstruktiven Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

2. Dezember 2023

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg